

# Wir wollen die Energiewende vor Ort!

Positionspapier des Juso-Landesverbandes zum ersten „Neue-Energie-Forum“  
am 13. November 2010

## Der Atomkompromiss und die Mär von der „Brückentechnologie“

Mit dem Atomkompromiss der schwarz-gelben Bundesregierung ist der Ausstieg aus der Atomenergie vorerst in weite Ferne gerückt. „Dank“ der beschlossenen Laufzeitverlängerung dürfen neuere Atomkraftwerke weitere 14 Jahre und selbst ältere noch weitere 8 Jahre am Netz bleiben. Dabei wünscht sich ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger den Ausstieg aus der Atomenergie. Atomkraft bleibt also gegen den Willen eines Großteils der Bevölkerung mindestens bis zum Jahr 2040 gefährliche Realität. Dabei ist weder die Frage der Endlagerung geklärt, noch das Problem veralteter Sicherheitstechnik gelöst, von der Gefahr terroristischer Anschläge ganz zu schweigen. Gleichzeitig wird Schwarz-Gelb nicht müde, die Atomenergie als „Brückentechnologie“ auszurufen und so die Ängste der Bürgerinnen und Bürger zu schüren, ohne Atomkraft schon morgen im Dunkeln zu sitzen. Damit wird die Atomenergie als alternativlos dargestellt, so als ob es nicht bereits heute möglich sei, eine 100 %ige Versorgung der Bevölkerung mit Strom aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. So wird nicht nur die Angst der Bevölkerung vor einer unzuverlässigen Versorgung mit Energie ausgenutzt, sondern darüber hinaus werden wissenschaftlich fundierte Energieszenarien missachtet, welche die mangelnde Notwendigkeit einer Laufzeitverlängerung aufzeigen. Angesichts einer prognostizierten Laufzeitverlängerung um weitere 30 Jahre kann nicht mehr glaubhaft von einer Brückentechnologie gesprochen werden. Der Umstieg auf eine 100 %ige Deckung des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien ist keine Frage der technischen oder rechtlichen Machbarkeit, geschweige denn von ideologischen Überzeugungen, sondern vielmehr eine Frage von Tatkraft, politischem Willen und gesundem Menschenverstand.

### Wir Jusos fordern:

- **den Ausstieg aus der Atomenergie!**
- **die Lösung der Endlagerfrage!**
- **den zügigen Umstieg auf eine Energieversorgung durch 100 % erneuerbare Energien!**

## **Energie-Monopole sind ein Irrweg!**

Um bei all den Zugeständnissen an Energielobbyisten dennoch den Eindruck einer ökologischen Politik zu vermitteln, proklamiert Schwarz-Gelb die Förderung von Großprojekten, seien es Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee oder riesige Solaranlagen in der Sahara.

Projekte wie „Desertec“ und „Seatec“ sind Synonyme für die zentralistische Energieversorgung der Zukunft. Von solchen Vorhaben profitieren letztlich diejenigen, denen auch die jetzige zentralistische Marktstruktur zugute kommt: die vier großen deutschen Energieversorgungsunternehmen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall, welche 80 % des deutschen Strommarktes beherrschen. Diese bereiten sich auf die Zeit nach dem Atomausstieg vor indem sie suggerieren, eine zuverlässige Energieversorgung sei nur durch zentrale Strukturen aufrechtzuerhalten.

Richtig ist, dass der Ausbau der dezentralen Energieversorgung einen Ausbau der bestehenden Stromnetze erfordert. Erneuerbare Energien können nicht mit der Grundlast eines AKWs dienen, sondern liefern in der Regel mehr oder weniger stark fluktuierende Netzeinspeisungen. Den daraus resultierenden physikalischen Anforderungen sind unsere derzeitigen Netze nicht in dem Umfang gewachsen, den die flächendeckende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit erneuerbaren Energien erfordert. Von der Notwendigkeit eines europäischen „Super Grid“ kann in diesem Zusammenhang jedoch keinesfalls die Rede sein. Notwendig ist der Ausbau bestehender Netze, nicht jedoch der Aufbau eines neuen, europäischen Netzes. Ein solches Projekt ist Ausfluss der bestehenden zentralistischen Denke, sein Aufbau wird derart langwierig sein, dass es auf Jahrzehnte hinweg den Ausbau erneuerbarer Energien verhindert. Den Initiatoren kommt dies mit Sicherheit gelegen: Ohne Super Grid haben sie die Rechtfertigung für die Beibehaltung des energetischen Status Quo, mit Super Grid Stromwirtschaft und Marktmacht nach wie vor in ihrer Hand.

Dabei ist die Lösung ist nicht das sogenannte Super Grid, sondern Verteilernetze in kommunaler Hand. Nicht nur ist dezentrale Energieerzeugung angesichts dezentralen Energieverbrauchs wesentlich nahe liegender als der Aufbau zentraler europäischer Netze. Darüber hinaus lässt sie sich schneller realisieren, die Energieautonomie wird so schneller Realität.

### **Wir Jusos fordern:**

- **die Abkehr von Energiemonopolen, auch im Bereich der erneuerbaren Energien**
- **ein Umdenken hin zu einer dezentralen Energieversorgung**
- **einen maßvollen und vernünftigen Netzausbau, der eine dezentrale Energieversorgung ermöglicht**
- **einen Systemwechsel, der den Kommunen und damit den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt**

## **Energiepolitische Errungenschaften verteidigen**

Die vier großen Energieversorgungsunternehmen sind nicht die einzigen, die um den Erhalt ihres Status Quo kämpfen müssen. Die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Energiewenden mussten nicht nur in Sachen Atomkompromiss die bittere Erfahrung machen, dass sie sich noch nicht mal auf den mageren energiepolitischen Ist-Zustand verlassen können, der kommunalen Energieversorgung werden auch an anderen Stellen Steine in den Weg gelegt.

- **§ 81 Abs. 2 HBO erhalten – Solarsatzungen ermöglichen!**

So hat die hessische Landesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach § 81 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung gestrichen werden soll. Klingt unspektakulär, ist es aber nicht: Folge davon wäre ein erschwerter Ausbau erneuerbarer Energien in den hessischen Kommunen. Laut § 81 Abs. 2 HBO dürfen Gemeinden durch Satzung die Verwendung bestimmter Heizungsarten vorschreiben, wenn dies für eine rationelle Verwendung von Energie geboten ist. Damit haben sie die Möglichkeit, die Verwendung bestimmter Energieformen zu fördern und die kommunale Energieversorgung langfristig voranzutreiben. Die Vorschrift räumt damit den Kommunen Gestaltungsspielraum hinsichtlich von Energieeinsparungen und der Nutzung erneuerbarer Energien ein, ihre Streichung hätte weitreichende Auswirkungen auf etliche hessische Satzungen, wie z.B. die Marburger Solarsatzung oder die Fernwärmesatzung der Stadt Gießen. Nicht nur die betroffenen Gemeinden wehren sich gegen den Wegfall dieses Gestaltungsrechts, auch der Hessische Städtetag hat sich gegen die Streichung der Vorschrift ausgesprochen. Lediglich die Landesregierung hüllt sich in Schweigen, eine offizielle Begründung dieses Gesetzesvorhabens fehlt bislang. Das Einknicken vor den Forderungen der Energielobby ist keine taugliche Gesetzesbegründung, an der juristisch einwandfreien Begründung wird offenbar noch gefeilt.

- **Der Einspeisevorrang erneuerbarer Energien im EEG muss erhalten bleiben!**

Wachsamkeit ist ebenfalls in Sachen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geboten, welches durch den Atomkompromiss unter Druck geraten könnte.

AKWs sind grundlastorientierte Kraftwerke. Die Laufzeitverlängerung führt also dauerhaft zu einem hohen Anteil an Grundlast im Netz, wohingegen durch den Ausbau erneuerbarer Energien der Bedarf an grundlastorientierten Kraftwerken sinkt. Atom- und Kohlekraftwerke sind nicht in der Lage, flexibel genug auf fluktuierende Netzeinspeisungen aus erneuerbaren Energien zu reagieren, so dass ihr Betrieb die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien oft unmöglich macht. In der Folge kommt die Regelung des EEG zum Tragen, wonach die Kraftwerksbetreiber den Erzeugern von Strom aus erneuerbaren Energien einen finanziellen Ausgleich dafür zahlen müssen, dass die vorrangige Einspeisung ihres Stroms missachtet wird. Dies ist für die Betreiber von Kohle- und

Atomkraftwerken günstiger, als die Kraftwerke bei Bedarf runter- bzw. wieder hoch zu fahren. Folge davon sind immer häufiger negative Strompreise an der Strombörse<sup>1</sup>. Bei einem wachsenden Ausbau erneuerbarer Energien und gleichzeitiger Laufzeitverlängerung wird es immer häufiger zu negativen Strompreisen kommen. Dies erhöht die EEG-Umlage, Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger, auf die zukünftig voraussichtlich noch höhere Energiepreise zukommen werden.

Als Reaktion auf dieses hausgemachte Problem strebt Schwarz-Gelb an, dass der Ausbau erneuerbarer Energien in Zukunft „marktgetrieben“ erfolgen und sich das EEG stärker „am Markt orientieren“ soll. Es bleibt zu befürchten, dass damit die Abkehr vom Einspeisevorrang bzw. der Einspeisevergütung für erneuerbare Energien gemeint ist. Diese Art der „Marktorientierung“ hätte damit zur Folge, dass sich Investitionen in erneuerbare Energien finanziell nicht mehr auszahlen und würde so deren flächendeckenden Ausbau verhindern. Das Ziel der Energieautonomie würde damit einen herben Rückschlag erleiden.

Das EEG ist ein weltweit beachtetes Erfolgsmodell. Wir müssen dafür kämpfen, dass es unangefochten bleibt.

#### **Wir Jusos fordern:**

- **das Bekenntnis zu energiepolitischen Errungenschaften**
- **den Ausbau statt die Aufweichung kommunaler Handlungsmöglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energien**
- **die Beibehaltung des EEG mitsamt seinen Regelungen zu Einspeisevorrang und – vergütung**
- **staatliche finanzielle Unterstützung für den zügigen Ausbau erneuerbarer Energien**

#### **Arbeit und soziale Sicherheit durch kommunale Energieversorgung**

Eine ökologische Energieversorgung ist ein wünschenswertes Ziel, im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Politik muss jedoch immer der Mensch stehen. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit stehen im Vordergrund unserer Politik, daran müssen sich also auch unsere energiepolitischen Forderungen messen lassen.

Erneuerbare Energien sind nicht bloß die ökologische und sichere Alternative zur Atomkraft, sondern schaffen darüber hinaus etliche Arbeitsplätze: Bereits im Jahr 2007 verzeichnete das

---

<sup>1</sup> Dabei zahlt der Verkäufer von Strom dem Käufer Geld für die Abnahme. Der Verkäufer muss den Strom in dieser Situation „verkaufen“, da Strom kaum speicherbar ist und gleichzeitig eine konstante Spannung im Netz vorherrschen muss.

Bundesumweltministerium 1, 8 Mio. sog. „Green Jobs“, allein eine Viertelmillion davon wurden dem Bereich der erneuerbaren Energien zugerechnet. Im Jahre 2009 waren es bereits 300.000 – Tendenz steigend! Damit ist diese Branche neben der Pflegebranche der Wirtschaftsbereich, der deutschlandweit den größten Zuwachs an Arbeitsplätzen hat. Erneuerbare Energien sind damit DER Jobmotor unserer Zeit. Die Förderung der kommunalen Energieversorgung durch erneuerbare Energien würde damit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen schaffen und so einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune leisten.

Um den Ausbau der kommunalen Energieversorgung entschlossen voranzutreiben, bedarf es eines Umdenkens in der zentralistisch organisierten Energieversorgungswirtschaft hin zu dezentralen Versorgungseinheiten. Der Rückkauf der Netze und die Übergabe der Energieversorgung in die Hände der Kommunen sind ein wichtiger Schritt, um eine Wertschöpfungskette der dezentralen, kommunalen Energieerzeugung in Gang zu setzen.

Stromnetze in kommunaler Hand spülen als wichtige Einnahmequelle dauerhaft und zuverlässig Geld in die leeren Kassen der Kommunen, welches dringend für die Erledigung kommunaler Aufgaben und den Betrieb sozialer und kultureller Einrichtungen benötigt wird. In den Kommunen steht im Gegensatz zur Privatwirtschaft nicht der Aspekt der Gewinnerzielung im Vordergrund, sondern derjenige der Daseinsfürsorge. Die Kommunen müssen keine Aktionäre mit regelmäßigen Gewinnausschüttungen zufriedenstellen, sondern für das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger sorgen.

Eine höhere Zahl an dezentralen Energieerzeugern würde für einen fairen Wettbewerb sorgen, von dem letztlich die Endverbraucher von Energie durch niedrigere Preise profitieren. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarer Energie ist eine soziale Selbstverständlichkeit, zu der die Kommunen einen großen Anteil beitragen können, wenn man sie denn lässt.

Der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien und der damit verbundene Einsatz von Energietechnik und Energieeffizienz haben das Potential, auf lange Zeit hinweg zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in den Kommunen zu werden.

Der Ausbau erneuerbarer Energien setzt damit eine Wertschöpfungskette in Gang, die in den Kommunen gut aufgehoben ist. Die Energieversorgung ist eine klassische Aufgabe der Kommunen. Dies überrascht kaum: Energie wird dezentral verbraucht, warum also sollte sie nicht auch dezentral bereitgestellt werden?

#### **Wir fordern:**

- **den Rückkauf der Netze nach Ablauf der Konzessionsverträge**
- **die Abführung der Gewerbesteuern für den Netzbetrieb in den Kommunen selbst**
- **100 % kommunale Energieversorgung durch Betriebe mit genossenschaftlicher Verwaltung**

## **Stärkung und Ausbau kommunaler Handlungsmöglichkeiten**

Um die gewünschte Wertschöpfungskette in Gang zu setzen, müssen die Kommunen ganzheitlich fit gemacht werden für eine 100 %ige Energieversorgung. Dazu bedarf es neben den bereits aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten z.B. in Form von Solarsatzungen auch intelligenten finanziellen Hilfestellungen durch entsprechende Finanzierungsmodelle, z.B. durch ausreichende Gewerbesteuererinnahmen. In diesem Zusammenhang spielt die in Hessen bislang mehr als vernachlässigte Förderung der Windkraft eine entscheidende Rolle. Diese treibt nicht nur die Energiewende voran, sondern beschert den Kommunen finanzielle Mittel durch nicht unerhebliche Gewerbesteueranteile.

Um als glaubwürdige Energieanbieter in Erscheinung zu treten ist es notwendig, dass die Kommunen eine Vorbildrolle bei der Nutzung erneuerbarer Energien einnehmen. Dazu müssen sie als Nachfrager von Energie auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz setzen, z.B. indem sie ein Energie-Audit für kommunale Gebäude einführen oder einen eigenen Energiehaushalt erstellen, in dem alle Ausgaben für Energie gesondert festgehalten werden.

Die kommunale Energiewende lässt sich nicht ohne Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bewerkstelligen. Dazu müssen die Kommunen diese zum einen durch örtliche Energieberatung für das Thema sensibilisieren, zum anderen Bürgerbeteiligung bei Erneuerbare-Energien-Anlagen unterstützen. Bei der Errichtung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen wie z.B. Windparks oder Biogasanlagen sollen kommunale Betreiber wie die Stadtwerke oder Bürgerbeteiligungen Vorrang haben.

### **Wir Jusos fordern:**

- **intelligente Finanzierungsmodelle, welche die Energiewende vor Ort vorantreiben**
- **Kommunen als vorbildliche Akteure im Bereich der effizienten Energienutzung, unter anderem durch energieeffiziente Bauleitplanung und energetisches Bauen bzw. energetische Gebäudesanierung**
- **die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in das Projekt „Energiewende vor Ort“, sei es durch Informationskampagnen oder die Förderung von Bürgerbeteiligungen**

Die Entscheidung für eine dezentrale Energieversorgung ist eine Systementscheidung, die den deutschen Energiemarkt grundlegend verändert. Wie aufgezeigt wurde, ist sie die richtige Entscheidung und sollte bald getroffen werden.

### **Daher fordern wir Jusos: Kommunale Energieversorgung jetzt!**

